



>>> Afghanistan: Internationaler Einsatz im Wandel Gemeinsam für eine sichere Zukunft

Inhaltsverzeichnis



Vorwort 5
Volker Kauder

In Realismus und Verantwortung für Afghanistan 7
Dr. Thomas de Maizière

Panel 1

Übergabe in Verantwortung: Die Afghanistan-Konferenz in Bonn

Afghanistan: Unser Partner auch nach 2014 15
Dr. Andreas Schockenhoff

Diskussion 19
mit S.E. Botschafter Dr. Rangin Dadfar Spanta, S.E. Botschafter
Michael Steiner, Generalmajor Hans-Werner Fritz, Dr. Babak Khalatbari

Panel 2

Langfristige Stabilität: Afghanistan nach dem ISAF-Einsatz

**Zehn Jahre Afghanistan-Hilfe:
Die Fortschritte sind unübersehbar** 23
Dr. Christian Ruck

Diskussion 27
mit S.E. Prof. Dr. Abdul Rahman Ashraf, Dr. Norbert Kloppenburg,
Amina Khan, Jan Köhler, Dr. Martin Axman

**Zehn Jahre Bundeswehr am Hindukusch –
Eine vorläufige Bilanz** 31
Ernst-Reinhard Beck

Vorwort



Wir sind der Sicherheit und Stabilität in Afghanistan verpflichtet

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begleitet den deutschen Einsatz in Afghanistan seit dessen Beginn vor nunmehr zehn Jahren intensiv. Das Mandat für den Einsatz der Bundeswehr wurde und wird jedes Jahr ausführlich im Deutschen Bundestag diskutiert. Und auch die Entwicklungen in Afghanistan selbst sind regelmäßig Gegenstand unserer Beratungen. Wir befassen uns weit über das im parlamentarischen Verfahren übliche Maß hinaus mit dem Einsatz.

Wir sind uns unserer Verantwortung gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten sowie unseren zivilen Helferinnen und Helfern bewusst. Ihren Leistungen gilt unser besonderer Dank und unsere Anerkennung. Gleichzeitig tragen wir auch große Verantwortung gegenüber den Menschen in Afghanistan. Nur gemeinsam mit Ihnen kann eine Stabilisierung und Entwicklung des Landes gelingen.

Wandel auf allen Ebenen

Afghanistan: Einsatz im Wandel“, so lautete der Titel des Kongresses, „Azu dem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ende November 2011 in den Bundestag eingeladen hatte. In der Tat hat unser Engagement seit 2001 einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Im vergangenen Jahr haben wir die Ziele des Einsatzes und seine strategische Ausrichtung angepasst. Das zentrale Ziel dieser Strategie ist, Afghanistan in die Lage zu versetzen, selbst für die eigene Sicherheit zu sorgen.

Diesen Strategiewechsel haben wir unter die Überschrift „Übergabe in Verantwortung“ gestellt. Und diese hat im Jahr 2011 begonnen. Im Sommer haben in Masar-i-Scharif die afghanischen Kräfte die Sicherheitsverantwortung übernommen. Dies war ein erster wichtiger Schritt. Weitere dieser Art werden folgen.

Die „Übergabe in Verantwortung“ ist nur möglich, weil wir beim Aufbau der afghanischen Armee in den vergangenen Monaten große Fortschritte gemacht



Volker Kauder
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

haben. Die nationale Armee wächst in ihrem Umfang und der Fähigkeit, eigene Operationen auszuführen. Unsere Ausbilder spielen dabei eine wichtige Rolle.

Erfolge bestätigen Strategie

Die Stabilisierung der Sicherheitslage und die wachsenden Kapazitäten der afghanischen Sicherheitskräfte zeigen, dass wir mit unserer Strategie richtig liegen. So wird es möglich, dass mit dem neuen Mandat im Januar 2012 zum ersten Mal seit Beginn des Einsatzes die Zahl unserer Soldaten reduziert wird.

Dabei reduzieren wir auch in Zukunft mit Augenmaß. Ausschlaggebend für unsere Entscheidung über die Zahl unserer Soldaten ist allein die Lage vor Ort. Mögen andere auf den innenpolitischen Applaus schießen, die Union bleibt der Sicherheit und der Stabilität Afghanistans verpflichtet.

Langer Atem beim zivilen Wiederaufbau

So auch beim zivilen Wiederaufbau: Deutschland ist der drittgrößte Geber. Im Zusammenhang mit unserer neuen Strategie „Übergabe in Verantwortung“ haben wir unsere Mittel noch einmal erhöht. Wir wissen, dass wir für den Wiederaufbau einen langen Atem benötigen. Daher sage ich deutlich: Deutschland engagiert sich langfristig in Afghanistan.

Auch von der Konferenz auf dem Petersberg im Dezember 2011 ging die Botschaft aus, dass unsere Unterstützung kein Strohfeder ist. Unsere Hilfe ist dabei mit klaren Erwartungen an unsere afghanischen Partner verknüpft.

Der interne Reformprozess in Afghanistan verläuft nach wie vor schleppend. Insbesondere bei der Bekämpfung der Korruption und dem Aufbau staatlicher Strukturen erzielt die Regierung in Kabul zu wenige Fortschritte. Uns ist bewusst, dass dies keine einfachen Aufgaben sind, aber wir erwarten von unseren afghanischen Partnern Hinweise darauf, wie wir hier gemeinsam schneller vorankommen.

Fortschritte sind entscheidend, damit wir den begonnenen Weg der „Übergabe in Verantwortung“ weiter gehen können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird diesen auch in Zukunft aktiv und engagiert unterstützen.

Wolfgang Kerber

In Realismus und Verantwortung für Afghanistan

>>> Auszüge aus der Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière*)

(...) Die erste Petersberger Afghanistan-Konferenz fand am 5. Dezember 2001 statt, vor genau zehn Jahren. Am 20. Dezember 2001 erteilte der Sicherheitsrat mit der Resolution 1386 das Mandat für die ISAF (International Security Assistance Force), ein robustes [und im wörtlichen Sinne assistierendes] Mandat nach Kapitel 7 der UN-Charta. (...) Am 22. Dezember 2001 stimmte der Deutsche Bundestag der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an ISAF zu. Es wurden 581 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 538 Abgeordnete; es gab 35 Nein-Stimmen und acht Enthaltungen. (...)

Heute sind mehr als 5.000 Soldaten im Einsatz, davon inzwischen 213 Frauen und 60 freiwillig Wehrdienstleistende. Damals war der Einsatz personell begrenzt auf maximal 1.200 deutsche Einsatzkräfte, räumlich begrenzt auf die Gegend von Kabul und zeitlich begrenzt auf sechs Monate. (...)

Von 2001 bis 2011

(...) Die Ziele für Afghanistan waren damals sehr ambitioniert. Wir mussten jedoch lernen, dass aus einem der ärmsten Länder der Erde nach 30 Jahren Krieg und Gewalt, Bürgerkrieg und Besetzung nicht von heute auf morgen und auch nicht in einer Dekade eine Demokratie nach westlichem Muster werden kann. (...)

Die neue NATO-Strategie der Transition zielt auf eine schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung von ISAF an die afghanische



Dr. Thomas de Maizière
Bundesminister
der Verteidigung

*) Der Redebeitrag von Bundesminister Dr. Thomas de Maizière beim Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28. November 2011 wurde redaktionell bearbeitet. Die Überschrift und Zwischenüberschriften wurden eingefügt. Inhaltliche Auslassungen und Ergänzungen sind kenntlich gemacht.

Regierung bis Ende 2014. Damit soll Afghanistan dann die volle Souveränität nach innen und nach außen wieder eigenverantwortlich wahrnehmen können.

Die Ziele, die wir heute haben, sind bescheiden und ehrgeizig zugleich. Es sind nach meiner Auffassung drei. Erstens: Wir wollen nicht, dass von Afghanistan wieder Terror in die Welt exportiert wird. Zweitens: Wir müssen erreichen, dass es in Afghanistan ein vertretbares Maß an Sicherheit mit afghanischem Gesicht gibt. Drittens: Das Land braucht eine Chance zur ökonomischen Entwicklung. Viel ehrgeiziger würde ich die Ziele nicht setzen. Aber das ist schon viel.

Die neue Strategie ist Ergebnis der Afghanistan-Konferenzen in London und Kabul und des NATO-Gipfels in Lissabon im vergangenen Jahr [2010]. Ihre Ziele folgen dem Konzept der vernetzten Sicherheit.

Der Verteidigungsminister
bei einem Truppenbesuch
mit Oberst Rosch.



Wie ist die aktuelle Lage in Afghanistan? Volker Kauder hat gesagt, es beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Viele Dinge funktionieren heute leider nicht so, wie wir sie uns vor zehn Jahren vorgestellt haben. Die afghanische Regierung kann die Kontrolle über das ganze Land ohne die Unterstützung der 47 ISAF-Staaten noch nicht ausüben. Es gibt Defizite bei dem Thema „gute Regierungsführung“. Die Regierung ringt um die Akzeptanz in der eigenen Bevölkerung. Die Sicherheitslage ist auch in diesem Jahr in einigen Regionen weiter sehr angespannt. Die Zahl der sicherheitsrelevanten Vorfälle ist viel zu hoch, ebenso die Zahl der zivilen Opfer von Gewalt. Das gilt auch für die schmerzlichen Verluste der ISAF-Soldaten, insbesondere unserer amerikanischen Partner. Ich war in der letzten Woche, am Thanksgiving-Tag, zusammen mit dem amerikanischen Botschafter [auf dem US-Luftwaffenstützpunkt] in Ramstein. Wenn dort zehn bis 14 schwer- und schwerstverwundete Soldaten ankommen und nach einigen Tagen zurücktransportiert werden – wenn man dann die Kraft eines solchen 19-jährigen Mannes oder der Pfleger und Ärzte, die dort sind, sieht, dann wird man – ehrlich gesagt – ein wenig demütigt und dankbar.

Die aktuelle Lage ist auch von verheerenden Anschlägen gegen die Afghanen selbst geprägt, gegen Rekrutierungsbüros, gegen Gouverneure und Polizeichefs und auch gegen Friedensgespräche (...), insbesondere der Mordanschlag auf [den ehemaligen afghanischen Präsidenten Burhanuddin] Rabbani war ein schwerer Schlag.

Trendwende bei der Sicherheitslage

Aber es gibt auch ermutigende Fortschritte. Ich will mich hier im Wesentlichen auf die Sicherheitslage beschränken. Wir haben jetzt wieder eine fast flächendeckende gebietsmäßige Überlegenheit gegenüber den Taliban. Die ISAF-Truppen haben im Norden die Initiative fast vollständig wieder übernommen – auch das war mit vielen Verlusten verbunden. Es ist gelungen, Räume wieder zu besetzen und zu halten, die verloren waren. Es ist gelungen, die Rückkehr der Bevölkerung zu ermöglichen. (...) Es ist gelungen, Aufständische aus ehemaligen Hochburgen zu verdrängen. Und – das ist neu – tatsächlich ist die Gesamtzahl der Angriffe gegenüber 2010 erheblich zurückgegangen. (...) Wir haben erstmalig eine gewisse Trendwende. Wir wissen nicht ganz genau,

wie nachhaltig sie ist, aber wir haben im ganzen Land einen Rückgang der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle um nahezu 25 Prozent – und im Norden noch mehr. Das ist eine vorsichtige Trendwende, die es gilt, durch unsere geduldige Politik zu halten.

Der Aufbau der afghanischen Streitkräfte und Sicherheitskräfte – einschließlich der Polizei – kommt gut voran, nicht nur zahlenmäßig. Über 300.000 afghanische Soldaten und Polizisten sind im Moment für die Sicherheit Afghanistans im Einsatz. Inzwischen stellen auch unsere Soldaten vor Ort fest, dass auch die Qualität erheblich zunimmt.

Wie es weiter geht

Die Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände hat im vergangenen Juli begonnen. Die afghanische Regierung übernimmt schrittweise Verantwortung in allen 34 Provinzen. Im Regionalkommando Nord sind seit Juli die Afghanen selbst für die Sicherheit in der größten Stadt der Nordregion, in Masar-i-Scharif, verantwortlich. Natürlich werden sie noch unterstützt. Was das bedeutet, haben wir bei dem Überfall auf die UNO-Station gesehen. Als es Probleme gab, wurde insbesondere im Westen diskutiert, wo ISAF gewesen sei. Das war aber bereits zu einem Zeitpunkt, als ISAF helfend, aber nicht mehr verantwortlich in Masar-i-Scharif tätig war. Wir werden uns selbst also auch daran gewöhnen müssen, dass wir Verantwortung tatsächlich abgeben.

Mit der formellen Übergabe von Sicherheitsaufgaben an Afghanistan sind wir [und ist ISAF] aber nicht vollständig aus unserer Verantwortung entbunden. Man darf sich das nicht so vorstellen, dass ein Hebel umgelegt wird, und dann ist bis 24 Uhr ISAF verantwortlich, und ab 0 Uhr ist Afghanistan alleine verantwortlich. Es ist vielmehr ein schrittweiser Prozess, der auch nach unserer aller Einschätzung bis zu 24 Monate weiter zu begleiten ist. (...) Eine frühzeitige Transition sichert den Zeitplan bis 2014, weil mit der Übergabe und nach der Übergabe der Prozess weiterhin in Form von Partnering und auch in anderen Formen begleitet werden muss.

Es ist bei jeder Übergabe wichtig, zwei Fragen zu betrachten. Erstens: Steht die Übergabe im Einklang mit der Lage vor Ort? Und

zweitens: Korrespondiert sie mit den Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte? Beides gehört zusammen.

Deutschland ist im Norden die sogenannte Lead Nation. (...) Damit haben wir für einen von vier Bereichen die komplette Verantwortung (...). Das heißt, dort kämpfen und wirken amerikanische Soldaten unter deutschem Befehl. Das wird in der deutschen Öffentlichkeit manchmal etwas vernachlässigt. (...) Die Praxis zeigt: Das Modell funktioniert vorzüglich. (...)

Wir müssen deswegen alle unsere Fähigkeiten und unsere Schritte mit den Staaten, für die wir als Lead Nation im Norden Verantwortung tragen, koordinieren (...). Die USA sind für uns besonders wichtig, weil sie über Schlüsselfähigkeiten verfügen, Hubschrauber, MedEvacs, also medizinische Evakuierung und Route Clearance, also die Möglichkeit, Spreng- und Brandvorrichtungen, sogenannte IEDs, auf den Straßen zu erkunden. (...) Wir werden allein schon wegen der Größenordnung diese Fähigkeit der Amerikaner weiterhin brauchen.

Grundsätze der truppenstellenden Nationen

Mit den 17 Ressortkollegen der truppenstellenden Nationen im Norden habe ich vier Grundsätze vereinbart. Erstens: Wir werden die gemeinsame Aufgabe auch gemeinsam meistern. Oder in Kurzform: „Together in, together out“. Das gilt für alle, nicht nur für die Amerikaner und uns. (...) Zweitens: Wir werden nur dann erfolgreich sein, wenn wir bei der Reduzierung unseres militärischen Engagements verantwortungsvoll vorgehen. Drittens: Die Truppenreduzierung darf auf keinen Fall zu einem Sicherheitsrisiko für die verbleibenden Soldaten werden. (...) Viertens: Wir brauchen strategische Geduld und müssen einem zu schnellen, vor allem einem unkoordinierten Abzug widerstehen. Das gilt erst recht für eine Lead Nation.

Wir haben in der Bundesregierung als ersten Schritt für das neue Mandat Folgendes verabredet und werden das auch dem Deutschen Bundestag vorschlagen: die Reduzierung der Truppen zu Beginn des nächsten Mandats [2012] auf 4.900 Soldaten. Das bedeutet den Verzicht auf die flexible Reserve und die Eingliederung der bei AWACS eingesetzten Kräfte. Bis zum Ende des einjährigen Mandatszeitraums soll eine flexible Rückführung auf 4.400 Soldaten erfolgen. Dies ist auch abhängig

von den Abzugszahlen der USA, mit deren Übermittlung wir im April des kommenden Jahres [2012] rechnen.

Den politischen Prozess voranbringen

(...) Problematisch ist der politische Prozess, denn er hinkt dem Sicherheitsprozess hinterher. Dazu gehört Governance und dazu gehört – zweitens – Versöhnung und – drittens – die Einbindung der Regionen. (...) Die Lage in Afghanistan lässt sich durch Soldaten nicht gewinnen, sondern nur durch Politik. Die Soldaten hatten für die Gewährleistung der Sicherheit eine unverzichtbare Rolle. (...) Aber

Das Partnering-Konzept:
Ausbildungshilfe für
afghanische Soldaten.



wenn die Sicherheitsverantwortung allmählich in afghanische Hände übergehen soll, dann müssen auch die politische Verantwortung und die Aussöhnungsverantwortung in afghanische Hände übergehen. (...) Das ist ein Prozess, der parallel zum Sicherheitsprozess stattfinden muss.

(...) In Afghanistan geht es nicht nur um sogenannte Taliban, sondern um verschiedene ethnische Konflikte, um kriminelle Gruppen, um schlichte Machtfragen, Streit um Absatzmärkte für Drogen und vieles anderes mehr – und alles geht ein wenig durcheinander. Das zu ordnen ist ein wichtiger Prozess, ein politischer Prozess, der dringend angepackt werden muss.

Alte Fehler nicht wiederholen – Afghanistan nicht im Stich lassen

Das Signal, das von Bonn ausgehen soll – vielleicht noch mehr vom NATO-Gipfel im Mai 2012 in Chicago, ist: Die internationale Gemeinschaft lässt Afghanistan auch nach einem Abzug nicht im Stich – wenn Afghanistan dies wünscht. Ende 2014 soll der Einsatz in der bisherigen Form beendet sein, aber 2014 ist nicht das Ende des Engagements für Afghanistan (...). Ich halte es für nicht unwahrscheinlich, dass es auch danach noch Ausbildungshilfe und in gewisser Form eine Unterstützung auch der Sicherheitskräfte in Afghanistan – auch durch deutsche Sicherheitskräfte – geben wird, und wir auch nach 2014 in diesem Bereich Ressourcen zur Verfügung stellen werden.

Mein russischer Kollege hat mich vor einiger Zeit davor gewarnt, die zwei Fehler der Sowjetunion zu wiederholen: zu schnell abzuziehen und anschließend die Hilfe einzustellen. Das hat auch mit Finanzierung zu tun. Die Gehälter der afghanischen Sicherheitskräfte werden fast vollständig von den ISAF-Staaten – und dabei nahezu zu 90, 95 Prozent von den Amerikanern – gezahlt. Die Amerikaner werden wegen ihrer finanziellen Lage und insgesamt mit Blick auf das Burdensharing fragen: Wie soll dieses bis 2014 – vor allen Dingen nach 2014 – aussehen? (...)

Der Beginn des Afghanistan-Mandats wurde in Deutschland nahezu einhellig befürwortet. Ich habe großen Wert darauf gelegt, dass wir uns auch für die Etappe bis 2014 Mühe geben, den Konsens möglichst groß zu halten und darüber auch eine möglichst breite Zustimmung des deutschen Parlaments herbeizuführen. Das geht nicht um jeden Preis, aber es ist ein Preis, der einen hohen Wert in sich hat und den Soldaten hilft. (...)

(...) Was zudem wichtiger ist als alle Konferenzen und Papiere (...), dass nachhaltige Arbeit vor Ort geschieht; geduldig, mit den Mühen der Ebene, nach Rückschlägen mit vertrauenswürdigen Partnern und jede Woche immer wieder neu. Wenn das nicht gelingt – sicherheitspolitisch und politisch –, werden wir keinen Erfolg haben.

Jeder Politikbereich muss seine Verantwortung übernehmen

(...) Es gibt viele NGOs und andere, die sagen: Vernetzte Sicherheit ist eine besonders raffinierte Form der Militarisierung von Außenpolitik. (...) Ich halte das für grundfalsch, aber eines gilt es in der Tat zu beachten: Vernetzte Sicherheit heißt, dass jeder Politikbereich seine Verantwortung übernimmt – und sich vernetzt. Vernetzte Sicherheit heißt nicht, dass sich andere Politikfelder darauf verlassen, dass die Soldaten alles richten. (...)

Ich will Ihnen das an einem kurzen Beispiel deutlich machen (...): Der französische UNO-Botschafter hat bei meinem Besuch in New York gesagt: Wissen Sie was, Herr de Maizière? Man kann in die ganze Welt eher zwei Kampfbataillone schicken als 20 Richter. Der Satz hat mich schon ziemlich nachdenklich gemacht. Wahrscheinlich hat er Recht. Wer wäre denn geeignet, beim Strafvollzug in Afghanistan zu helfen? Wie viele Finger würden denn in die Höhe gehen, wenn wir die Länder fragten, ob sie Strafvollzugsbeamte dorthin schicken? Also: Vernetzte Sicherheit ist keine Ausrede für andere Politikfelder, dass die Soldaten im Zweifel alles richten.

(...) Die internationale Gemeinschaft hat in und für Afghanistan viel Geld aufgebracht und den Tod von mehreren Tausend Soldaten in Kauf nehmen müssen. (...) Es gibt eine ungezählte Zahl von zivilen Opfern. Deswegen haben wir eine Verantwortung dafür, wie es dort weitergeht, so dass die Verantwortung in afghanische Hände übergehen kann. Eine Garantie für den Erfolg der Strategie, die wir jetzt durchführen, gibt es nicht. Ich kann sie jedenfalls nicht geben.

Aber ich kann Ihnen eine Garantie umgekehrt geben: Wenn wir es nicht so täten, gäbe es eine Garantie dafür, dass, wenn wir weggingen, alles wieder so wäre wie vorher. Unsere Chance sollten wir deshalb jetzt nutzen, in Realismus, ohne Illusionen, aber in Verantwortung.

Afghanistan: Unser Partner auch nach 2014

>>> Dr. Andreas Schockenhoff

Langfristiges Engagement auch nach 2014

Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan nimmt konkrete Form an: Zum ersten Mal seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes vor zehn Jahren verringert sich die Zahl der im Einsatz befindlichen Bundeswehrkräfte. In einem ersten Schritt wollen wir die Mandatsobergrenze für die Soldatinnen und Soldaten Ende Januar von jetzt 5.350 auf 4.900 senken. Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und dem Verlauf des Übergabeprozesses wollen wir die tatsächliche Truppenstärke bis Ende 2012 beziehungsweise Anfang 2013 weiter auf 4.400 reduzieren. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein.

Warum können wir jetzt mit dem Abzug beginnen?

Der Strategiewechsel, der Anfang 2010 von der internationalen Gemeinschaft für ganz Afghanistan und von der Regierungskoalition für den deutschen Verantwortungsbereich im Norden des Landes vereinbart wurde, verzeichnet Erfolge.

Die Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände hat im Sommer 2011 begonnen. In wenigen Monaten bereits wird mehr als die Hälfte Afghanistans von heimischen Sicherheitskräften kontrolliert werden. Davon sind auch Provinzen und Distrikte im deutschen Verantwortungsbereich im Norden betroffen. So haben wir die Verantwortung für die Stadt Masar-i-Scharif schon Ende Juli abgegeben. Nach Ankündigung des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai sollen schon bald weitere Provinzen und Städte im Norden folgen, darunter die Stadt Feisabad, in der die Bundeswehr ein Feldlager hat. Das führt Schritt für Schritt zu einer Reduzierung unserer Kräfte.

Die Sicherheitslage hat sich verbessert, auch wenn wir ohne Zweifel noch nicht an dem Ziel angelangt sind, das wir uns einmal gesetzt hatten. Nach



Dr. Andreas Schockenhoff
Stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

einer stetigen Verschlechterung seit 2006 ging die Zahl der Gefechte im Jahr 2011 erstmals insgesamt zurück. Auch dies ermöglicht es uns nun, mit der Umsetzung des Konzepts der „Übergabe in Verantwortung“ zu beginnen.

Niemand möchte länger als unbedingt erforderlich Kampftruppen in Afghanistan belassen – deshalb wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein Rückzug unserer Soldatinnen und Soldaten so schnell wie möglich Realität werden kann. So arbeitet Deutschland mit Nachdruck an der Ausbildung der einheimischen Sicherheitskräfte. Sie sollen so schnell wie möglich selbst für Sicherheit im Land sorgen können.

Der Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeikräfte verläuft nach Plan. Das 2010 gesetzte Ziel von 134.000 ausgebildeten Polizisten ist bereits erreicht und wurde auf 157.000 bis Oktober 2012 erhöht. Auch die Afghanische Nationale Armee (ANA) besteht bereits aus den 2010 avisierten 171.000 Soldaten; bis Oktober 2012 soll ihre Zahl auf 195.000 anwachsen.

Grundlage für die Ausbildung der afghanischen Soldaten und Polizisten sind die Konzepte des „Partnering“ und „Mentoring“. Das bedeutet, dass militärische Operationen von deutschen ISAF-Kräften gemeinsam mit Angehörigen der

Entscheidend für die Zukunft Afghanistans ist ein regionaler Lösungsansatz.



afghanischen Armee vorbereitet, ausgeführt und nachbereitet werden. Die Ausbildung der afghanischen Einheiten wird zusätzlich durch Mentoren unterstützt. Sie begleiten in der täglichen Ausbildungsarbeit ihre afghanischen Partner.

Positiv zu bewerten ist auch, dass zunehmend Aufständische ins Regierungslager wechseln. Landesweit soll die Zahl der Überläufer bei fast 3.000 liegen. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Sie liegen zum einen in dem anhaltenden Verfolgungsdruck, den die ISAF-Kräfte ausüben. Zum anderen hat sich allmählich auch das Kräfteverhältnis deutlich zu Gunsten der afghanischen Sicherheitskräfte verändert. Außerdem haben sich zahlreiche Aufständische dazu bewegen lassen, die Angebote der internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Regierung zur Reintegration in Anspruch zu nehmen. Ob diese Überläufer allerdings auf Dauer dem Kampf gegen die Regierung abgeschworen haben, bleibt abzuwarten.

Die im deutschen Verantwortungsbereich liegenden Provinzen nehmen bei der Befriedung der Gesellschaft eine Vorreiterrolle ein: In allen Provinzen sind Friedensräte eingerichtet worden. In den letzten Monaten wurden gute Fortschritte beim Aufbau von administrativen Strukturen und ihrer Finanzierung erzielt. Dennoch müssen weiterhin flächendeckend kleine Reintegrationsprojekte ins Leben gerufen werden.

Der Beginn des Truppenabzugs bedeutet eine Gewichtsverschiebung von der militärischen Komponente zum politischen Prozess. Dies spiegelte sich auch bei der Bonner Afghanistan-Konferenz wider.

Was muss bis 2014 geschehen?

Eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit in afghanische Hände hat Vorrang vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Wir können unser militärisches Engagement nur so weit reduzieren, wie die Afghanen die Lage tatsächlich kontrollieren können. Einzig dies ist verantwortbar. Entscheidend ist deshalb, dass sich die afghanischen Sicherheitskräfte in den kommenden Monaten bewähren.

Um unser Ziel einer vollständigen Übergabe der Sicherheitsverantwortung bis 2014 zu erreichen, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Die Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte müssen weiter verstärkt werden. Daran arbeiten wir mit Nachdruck. Dazu gehört auch eine angemessene Bezahlung und Ausrüstung der afghanischen Soldaten und Polizisten. Zudem wird sich der Fokus auf die Qualitätssteigerung verlagern müssen.

- Die afghanische Seite muss mit uns an einem Strang ziehen und ihre bei der Kabuler Konferenz eingegangenen und zuletzt in Bonn bekräftigten Verpflichtungen – etwa zur guten Regierungsführung, zur Korruptionsbekämpfung und zum Aufbau einer unabhängigen Justiz – umsetzen. Davon haben wir unsere Zusagen in Bonn abhängig gemacht.
- Der politische Prozess muss vorankommen. Er ist von größter Bedeutung. Fragen von Versöhnung und Machtverteilung müssen hier unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen gelöst werden. Dabei können wir zwar helfen, aber eine Einigung können nur die Afghanen selbst erzielen.
- Ein regionaler Lösungsansatz muss weiter mit aller Kraft verfolgt werden. Wir müssen die Nachbarn Afghanistans auf einen konstruktiven Ansatz verpflichten. Hier war die Konferenz von Istanbul Anfang November 2011 ein wichtiger Schritt. Es muss alles dafür getan werden, dass Pakistan aktiv die Stabilisierung Afghanistans unterstützt.

Wie wird unser Engagement nach 2014 aussehen?

Unser Einsatz in Afghanistan wird 2014 in der bisherigen Form beendet sein. Doch wir werden die Afghanen auch danach nicht im Stich lassen, sondern unser Engagement beim Wiederaufbau und bei der Sicherheit langfristig fortsetzen. Der Schwerpunkt wird dann auf der zivilen Zusammenarbeit liegen.

Der Einsatz wandelt sich schon jetzt: 2012 werden wir die Zahl unserer Ausbildungsteams auf 13 erhöhen. Dadurch wird die Zahl der deutschen Soldaten für die Ausbildungsunterstützung von 1.600 auf 1.700 steigen – im Rahmen der oben beschriebenen Reduzierung der Gesamtzahl.

Auch nach dem Truppenabzug 2014 wird es weiter darum gehen, die afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden, sie zu ertüchtigen und sie zu unterstützen. Dementsprechend wird sich der von den Vereinten Nationen mandatierte ISAF-Einsatz unter Führung der NATO zu einer Ausbildungsmission wandeln. Zur Bewältigung dieser Aufgaben wird die Bundeswehr weiterhin vor Ort präsent bleiben.

Die Konferenz in Bonn hat den Afghanen verdeutlicht, dass das Versprechen der internationalen Gemeinschaft zu einem Engagement über 2014 hinaus glaubhaft ist. Nun brauchen wir afghanische Erfolge, vor allem bei der Versöhnung und einer Verbesserung der Regierungsführung.

Diskussion

>>> mit S.E. Botschafter Dr. Rangin Dadfar Spanta, S.E. Botschafter Michael Steiner, Generalmajor Hans-Werner Fritz, Dr. Babak Khalatbari

Bei allem Optimismus – eine Übergabe der Sicherheitsverantwortung an Afghanistan kann nicht gelingen, wenn nicht die wirtschaftliche Zukunft des Landes gesichert ist. Davon waren alle Teilnehmer am ersten Panel des Kongresses überzeugt. Von ebensolcher Bedeutung sei der ideelle Beistand von außen. Die internationale Staatengemeinschaft müsse dem afghanischen Volk verdeutlichen: „Wir stehen an Eurer Seite und lassen Euch nicht im Stich.“

Rangin Dadfar Spanta, Nationaler Sicherheitsberater des afghanischen Präsidenten, zog eine Bilanz des internationalen Einsatzes und gab einen Ausblick auf die Zukunft. „Wo waren wir vor elf Jahren? Afghanistan war ein Land, ohne ein Staat zu sein, anerkannt nur von Pakistan, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien.“ Damals habe Unterdrückung geherrscht. Es habe ein archaisches Rechtssystem gegolten, das als Strafe auch Steinigungen vorsah.

Nun aber haben sich laut Spanta Wohlstand und gesellschaftliche Vielfalt entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) habe damals pro Kopf und Jahr 180 US-Dollar betragen. „Heute beträgt das BIP 550 Dollar. Es gibt eine ganze Reihe von politischen Parteien, drei weibliche Regierungsmitglieder, unabhängige Fernseh- und Radiosender und 800 Zeitungen. Wir haben heute die beste Regierungsform in der Geschichte unseres Landes - was wir erreicht haben, ist einmalig.“ Afghanistan ist Spanta zufolge entschlossen und in der Lage, von Dezember 2014 an die Gesamtverantwortung für sein Schicksal zu übernehmen. Allerdings müssten die Koordinaten des Übergangs stimmen. Gerechtigkeit müsse der Maßstab sein, forderte der Sicherheitsberater. Sein Land könne nur dann die volle Verantwortung übernehmen, wenn es die Ausrüstung und die Mittel dafür an die Hand bekomme. Hierfür trage die internationale Gemeinschaft auch über 2014 hinaus die Verantwortung.

„Wir lassen Afghanistan nicht im Stich!“

Spanta machte keinen Hehl daraus, dass trotz aller Fortschritte Korruption und Misswirtschaft die Entwicklung Afghanistans behinderten. „Die internationale Gemeinschaft sollte mehr Geduld mit uns haben.“ Ganz ausdrücklich nahm er auch die ausländischen Akteure von der Verantwortung für Fehlentwicklungen nicht aus. Der Sicherheitsberater und ehemalige afghanische Außenminister, der in Aachen Politische Wissenschaften studiert hat, zeichnete ein insgesamt optimistisches Bild von der Zukunft Afghanistans. Sein Land sei ein reiches Land, dessen Reichtum unter der Erde liege.

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Botschafter Michael Steiner, sagte, die damalige Entscheidung für den Einsatz in Afghanistan sei richtig gewesen. Allerdings habe man die Einsatzbedingungen vor zehn Jahren unterschätzt. „Und wir haben uns überschätzt“, fügte er hinzu. Auch jetzt sei die Lage noch keineswegs stabil. Der Plan, die volle Unabhängigkeit des Landes zu erlangen, werde sich nur umsetzen lassen, wenn man in allen drei Schlüsselbereichen Politik, Sicherheit, Entwicklung, „vor allem aber der Sicherheit“, vorankomme. Steiner versprach: „Wir werden Afghanistan nicht im Stich lassen!“ Voraussetzung sei aber, dass sich beide Seiten aufeinander verlassen könnten. Es gehe um gegenseitiges und vor allem auch glaubwürdiges Engagement auf beiden Seiten.

Bevölkerung und Taliban kriegsmüde

Was aber bis 2014 militärisch nicht erreicht sei, werde auch in sechs weiteren Jahren nicht gelingen. Eine militärische Lösung werde es für Afghanistan niemals geben, betonte Steiner. Auch den Taliban sei klar, dass dieser Konflikt militärisch nicht gewonnen werden könne. Und es werde immer deutlicher, wie „müde“ sie seien. Unabdingbar sei nichtsdestoweniger ein langfristiges Engagement der internationalen Gemeinschaft für Sicherheit und politische Stabilität.

Daher gehe es nicht um eine übereilte Exit-Strategie. Die internationale Gemeinschaft müsse glaubwürdig vermitteln, „dass sich Afghanistan auf uns verlassen kann“, sagte Steiner. Entscheidend für die afghanische Bevölkerung sei aber, dass die Landesregierung selbst den

Rahmen für das internationale Engagement setze. Sie müsse die Verantwortung für den Entwicklungsprozess übernehmen. Steiner wies auch Pakistan eine bedeutende Rolle dabei zu. „Pakistan braucht den Mut, einen afghanisch geführten Friedensprozess zuzulassen.“

Der ehemalige Regionalkommandeur Nord der ISAF-Truppen, der deutsche Generalmajor Hans-Werner Fritz, vertrat die Auffassung, dass die Zeit gegen die Taliban arbeite. Auch wenn es noch immer zu viele sicherheitsrelevante Vorfälle gebe: In der Fläche habe sich die Sicherheit im Vergleich zu früheren Jahren verbessert. Zurückzuführen sei dies auf die zwei wesentlichen Strategien der ISAF in den vergangenen Jahren: „surge“ und „coin“ – die starke Erhöhung der Zahl der Einsatztruppen und die Niederschlagung der Gewalt mit einer Kombination aus militärischen, technologischen und diplomatischen Mitteln. Auch habe sich die Kommunikation zwischen ISAF und den afghanischen Truppen erheblich verbessert. „Wir haben Regionen in Afghanistan, wo sich die Sicherheit

Einigkeit auf dem Panel:
Entscheidend ist die
Sicherung der wirtschaft-
lichen Zukunft Afghanistans.



inzwischen verstetigt hat. Wir wollen am Ende dieses Prozesses eine selbsttragende Sicherheit haben.“ Bis 2014 werde dies aber nicht gelingen, schränkte der Generalmajor ein. Das „größte Pfund“ für weitere Fortschritte sei, dass die Afghanen endlich in Frieden leben wollten. Sie seien „kriegsmüde“ und wollten ein „gutes Auskommen“, sagte Fritz. Außerdem sei die regionale Stabilität – vor allem das Verhältnis Afghanistans zum Nachbarn Pakistan – für die weitere Entwicklung entscheidend.

Erfolgskonzept „vernetzte Sicherheit“

Babak Khalatbari, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kabul und Islamabad, stellte einen Wandel in der täglichen Arbeit in Afghanistan fest. Sie konzentrierte sich mehr und mehr auf den Wiederaufbau. Das Erfolgsrezept für die Entwicklungen vor allem im Norden Afghanistans sei das Konzept der vernetzten Sicherheit. Wie sehr Sicherheit und Entwicklung zusammengehörten, verdeutlichte ein afghanisches Sprichwort, wonach ein Vogel mit nur einem Flügel nicht fliegen könne. Der Staat – der Vogel, um im Bild zu bleiben – erhalte nur Auftrieb, wenn im politischen Prozess beide Elemente – beide Flügel – zusammengebracht werden.

Regionale Solidarität – vor allem zwischen Afghanistan und Pakistan – sei maßgeblich, unterstrich auch Khalatbari. Die Faustformel für seine Arbeit sei: „Ein schwaches Afghanistan schwächt Pakistan, und ein schwaches Pakistan schwächt Afghanistan.“ In den letzten Jahren habe er sich daher zum Ziel gesetzt, politische und gesellschaftliche Akteure aus beiden Ländern an einen Tisch zu bringen.

Zehn Jahre Afghanistan-Hilfe: Die Fortschritte sind unübersehbar

>>> Dr. Christian Ruck

Der Entwicklungspolitik kommt neben der Außen- und Sicherheitspolitik eine zentrale Bedeutung bei der langfristigen Stabilisierung Afghanistans zu. Sie war deshalb auch ein wichtiges Thema des Afghanistan-Kongresses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28. November 2011 in Berlin.

Der Ansatz der vernetzten Sicherheit, der ein Zusammenwirken militärischer, außenpolitischer und entwicklungspolitischer Instrumente vorsieht, wurde als Reaktion auf die schwierige Lage in Afghanistan entwickelt und wird inzwischen auch in anderen Krisenregionen mit Erfolg angewandt.

Terrorismus an der Wurzel bekämpfen

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001, die zu einem großen Teil in Afghanistan vorbereitet und von dort gesteuert wurden, beschloss die westliche Allianz zum einen, Terrorismus konkret dort zu bekämpfen, wo er entsteht und geschürt wird. Daher griff die internationale Gemeinschaft in Afghanistan direkt militärisch ein. In der Folge wurde das Taliban-Regime gestürzt, und die von Präsident Hamid Karsai geführte zivile Regierung übernahm die Geschäfte.

Zum anderen ging es aber darum, dem Terrorismus auch langfristig in Afghanistan den Nährboden zu entziehen. Dieser Nährboden bestand 2001 aus fehlender staatlicher Ordnung, fehlender Rechtsstaatlichkeit, fehlenden Bildungschancen und fehlenden Perspektiven für die breite Bevölkerung. Dreißig Jahre Krieg und Bürgerkrieg sowie die fünfjährige Herrschaft der radikal-islamistischen Taliban haben Afghanistan vollständig ruiniert. Staat und Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen waren komplett zerstört; die Wirtschaft lag am Boden. Diese Ausgangslage hat Afghanistan zur größten Baustelle der internationalen und deutschen Entwicklungspolitik gemacht.



Dr. Christian Ruck
Stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Konkrete Fortschritte für die Menschen

Doch seit 2001 ist viel geschehen. Nach fast zehn Jahren Afghanistan-Hilfe sind die Fortschritte trotz eines immens schwierigen und oft gefährlichen Umfeldes unübersehbar – im Verkehrs- und Energiebereich, bei Schulen und Universitäten oder in der Wirtschaft. So hat sich das Pro-Kopf-Einkommen verdreifacht. Die Zahl der Unternehmen hat enorm zugenommen und mit ihr die Zahl der Beschäftigten. Die deutsche Entwicklungspolitik hat dazu maßgeblich beigetragen.

Mehr als 30.000 Menschen wurden in verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen fortgebildet, um ihnen bessere Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Rund 43.000 Kleinunternehmer und Selbstständige haben von Mikrokrediten profitiert, davon über 6.400 Frauen. Von über elf Kilometern neu gebauten oder instandgesetzten Bewässerungskanälen profitierten über 26.000 Haushalte. Über 150 Kilometer Straßen wurden gebaut oder repariert. Über 100.000 Haushalte in den Provinzen bekamen einen verbesserten Zugang zu Trinkwasser. Neun Kleinwasserkraftwerke und zwei Umspannstationen wurden gebaut oder instandgesetzt, wodurch sich der Zugang zu Energie für über 179.000 Haushalte verbessert hat. Drei Krankenhäuser und über 60 Gesundheitsstationen wurden gebaut oder restauriert. Durch die Schaffung von 29 mobilen Praxen konnte die Gesundheitsversorgung auch in abgelegenen ländlichen Gebieten weiter ausgebaut werden. 310 Schulen wurden gebaut oder renoviert; dadurch erhielten über 460.000 Schüler einen besseren Zugang zu Bildung. Über 28.000 Lehrer an Grund- und weiterführenden Schulen sowie über 250 an Berufsschulen, knapp 150 Hochschuldozenten und über 1.000 Lehrer für Alphabetisierung und Erwachsenenbildung wurden aus- oder fortgebildet. Mehr als 1.700 Teilnehmer haben Fortbildungen für das Richteramt absolviert.

Wir stellen uns der Aufgabe

Dennoch bleibt viel zu tun: Afghanistan gehört mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 528 US-Dollar 2010/2011 zu den zehn ärmsten Ländern der Welt. Um dieses niedrige Einkommen bei einer Bevölkerungswachstumsrate von 2,8 Prozent auch nur zu verdoppeln, bedürfte es eines realen Wirtschaftswachstums von sechs Prozent über 20 Jahre. Die Lebenserwartung beträgt nur 48,1 Jahre. Die Kindersterblichkeit ist mit

134 von 1.000 die höchste weltweit. 75 Prozent der Bevölkerung können weder lesen noch schreiben.

Die internationale Gemeinschaft ist bereit, Afghanistan auch nach 2014 weiterhin substanziell in seiner Entwicklung zu unterstützen, damit die Lebensbedingungen der Menschen stetig verbessert werden. Dies bekräftigten die Teilnehmer der Afghanistan-Konferenz in Bonn Anfang Dezember 2011. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte dort: „Afghanistan kann sich auch nach 2014 auf die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft verlassen.“ Die Staatengemeinschaft lasse nicht zu, dass sich der Fehler von 1989 wiederhole, als nach dem Abzug der Sowjetunion Afghanistan sich selbst überlassen wurde. Damals brach ein grausamer Bürgerkrieg zwischen den Warlords aus. Der Krieg sowie die sich in seiner Folge immer weiter verschlechternden Lebensbedingungen ermöglichten den Siegeszug der Taliban in Kabul. Das Schreckensregime der Taliban vermittelte den kriegsmüden Bürgern eine vordergründige Sicherheit. Die Menschen in Afghanistan, insbesondere die Frauen, bezahlten diese Sicherheit jedoch damit, dass ihre Menschenrechte auf das Schlimmste missachtet wurden.

Nirgendwo wird so deutlich wie in Afghanistan, dass sich Entwicklung und Sicherheit gegenseitig bedingen: keine Befriedung ohne Entwicklung, aber auch keine Entwicklung ohne erfolgreiche Sicherheitspolitik. Nur wenn die Menschen sich zu Hause und auf der Straße sicher fühlen, kann das öffentliche Leben funktionieren, kann die Wirtschaft gedeihen.

Für die Entwicklung des Landes ist es entscheidend, dass auch auf dem Land, in den unruhigen Distrikten, in den Bergdörfern ökonomische Perspektiven eröffnet werden, dass Bildungseinrichtungen entstehen. Jeder Entwicklungsansatz wird aber zunichte gemacht, wenn mit Hilfgeldern gebaute Schulen von Taliban gesprengt oder die ausgebildeten Lehrer ermordet werden, sobald die ausländischen Sicherheitskräfte abgezogen sein werden. Deswegen ist der Aufbau einheimischer Sicherheitskräfte, also einer funktionsfähigen, motivierten Polizei und loyalen Armee, unabdingbare Voraussetzung für Fortschritte in der Entwicklung des Landes.

Hilfszusagen sind kein Blankoscheck

Wir stehen dazu, die zivile Unterstützung langfristig fortzusetzen, fordern aber auch von der Regierung in Afghanistan, ihre Hausauf-

gaben zu machen, etwa die Regierungsführung zu verbessern, Korruption und Vetternwirtschaft einzudämmen oder Drogenanbau und -handel zu bekämpfen. Die Geber-Nationen müssen darauf bestehen, dass die Regierung Karsai ihre Pläne für mehr Transparenz und Kontrolle umsetzt, dass sie korrupte Beamte auch auf höchster Ebene dingfest macht. Und die Korruption am unteren Ende der Einkommensskala, etwa bei Polizisten oder Lehrern, die mit kaum 100 Dollar im Monat eine Familie ernähren müssen, kann man nur bekämpfen, indem man Menschen in diesen Berufen auch anständig bezahlt.

Pakistan stärker einbeziehen

Ein maßgeblicher Faktor für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan sind stabile und stabilisierende Nachbarn. Dies gilt in besonderer Weise für Pakistan. Gerade die an Afghanistan angrenzenden Regionen Pakistans sind jedoch alles andere als ein stabilisierender Faktor. Die Vorgänge um das Swat-Tal sind dafür typisch: Der pakistanische Staat konnte die Grundbedürfnisse der Menschen in dieser abgelegenen Grenzregion nicht gewährleisten. Vor allem dadurch, dass er Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit nicht garantieren konnte, hat er den Taliban den Boden für ihre Einflussnahme bereitet. Und was für das Swat-Tal gilt, gilt für weite Teile Pakistans. Deswegen muss die internationale Staatengemeinschaft auch von Pakistan eine bessere Regierungsführung sowie politische, wirtschaftliche und soziale Reformen fordern, damit nachhaltige Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den ländlichen Bergregionen entstehen. Die Afghanistan-Strategie der internationalen Gemeinschaft muss daher auch Pakistan stärker als bisher einbeziehen.

Diskussion

>>> mit S.E. Prof. Dr. Abdul Rahman Ashraf, Dr. Norbert Kloppenburg, Amina Khan, Jan Köhler, Dr. Martin Axman

Die Teilnehmer des zweiten Panels befassten sich mit der Zukunft Afghanistans nach 2014. Alle Redner machten deutlich: Für ein eigenverantwortliches Afghanistan mit einem funktionierenden Staatswesen sind Sicherheit und Stabilität die Kernvoraussetzungen. Optimismus und Skepsis, dass dies gelingen könnte, hielten sich dabei die Waage.

Der Botschafter Afghanistans in Deutschland, Abdul Rahman Ashraf, blickte zuversichtlich in die Zukunft seines Landes. Er vertraue vor allem auf die junge Generation in der Region, sagte er. Sie werde Frieden bringen. Der Botschafter würdigte die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Stabilisierung des Landes in den letzten zehn Jahren. „Erstmals wurden fremde Soldaten nicht als Besatzer, sondern als Befreier von der großen Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen.“ Bereits jetzt liege die Verantwortung in sieben Provinzen in der Hand der afghanischen Sicherheitskräfte. In den sieben Provinzen leben etwa 50 Prozent der afghanischen Bevölkerung. „Ich glaube, dass wir in der Lage sein werden, im Jahr 2014 die volle Verantwortung zu übernehmen. Wir sind bemüht, alle Teile der afghanischen Bevölkerung daran teilhaben zu lassen“, sagte Ashraf. Sein Land sei dankbar, dass es 2014 nach dem Abzug der internationalen Truppen von der Gemeinschaft nicht allein gelassen werde. Viele Zukunftschancen lägen aber auch in Afghanistan selbst. „Wir können mit unseren Bodenschätzen eine goldene Zukunft für Afghanistan aufbauen“, versicherte der Botschafter. Nachdrücklich sprach er sich für eine Kooperation mit den Nachbarstaaten aus.

Sicherheit als oberste Priorität

Norbert Kloppenburg, Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), zeichnete ein differenziertes Bild von der Situation des Landes. Ohne politische Stabilität werde es in Afghanistan auch keine soziale Stabilität geben. Er betonte gleichzeitig: „Wir wollen die Vorausset-

zungen für Stabilität schaffen.“ Die deutsch-afghanische Zusammenarbeit konzentriert sich auf den Norden des Landes. Kloppenburg zufolge sind seit 2002 rund 800 Millionen Euro aus Deutschland für den Wiederaufbau allein in den Norden des Landes geflossen. Für die wirtschaftliche Entwicklung sei vor allem Energie erforderlich. Wichtig seien darüber hinaus Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau von Straßen und Flugplätzen sowie die Trinkwasserversorgung. Auch im Bereich Bildung gebe es noch viel zu tun. Oberste Priorität habe aber die Sicherheit. „Sicherheit, Sicherheit und nochmals Sicherheit. Wer diese Sicherheit gewährleistet, ist letztlich egal.“

Friedensprozess unter afghanischer Federführung

Die Teilnehmer fordern Sicherheit und Stabilität für ein funktionierendes Staatswesen.

Die pakistanische Wissenschaftlerin Amina Khan vom Institut für Strategische Studien in Islamabad ging vor allem auf die afghanisch-pakistanischen Beziehungen ein. Pakistan wolle ein friedliches und fried-



volles Afghanistan, beteuerte sie. Beide Länder müssten erkennen, dass sich die Lage in den vergangenen zehn bis zwölf Jahren verschlechtert habe. Gegenseitige Anschuldigungen und Vorwürfe führten aber nicht weiter. Das müssten beide Seiten akzeptieren. Der Friedensprozess, wenn er denn Erfolg haben solle, müsse unter der Federführung der Afghanen selber stehen. Viele Politiker in Pakistan wüssten heute, dass es ein Fehler war, die Taliban anzuerkennen. Als ein wesentliches Problem griff sie die Grenze zwischen beiden Ländern heraus, die als Rückzugsgebiet der Aufständischen gilt. Diese Grenze müsse in jedem Fall besser überwacht werden; hierzu müssten die beiden Nachbarn gemeinsam Konzepte und Strategien entwickeln.

„Afghanisierung der Sicherheit“

Der Wissenschaftler Jan Köhler von der Freien Universität Berlin zeigte sich mit Blick auf die künftige Entwicklung Afghanistans skeptisch. Das Vertrauen der Menschen in die Fähigkeit des Staates, nach dem Abzug der internationalen Truppen 2014 selbst die Sicherheit des Landes zu garantieren, sei laut Umfrageergebnissen „dramatisch eingebrochen“. Die Bevölkerung traue der afghanischen Regierung nach seiner Einschätzung auch nicht zu, nach 2014 die politischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Dabei stehe auch die Erhaltung des bislang Erreichten wieder auf dem Spiel. Allgemein bestehe die immense Sorge, dass die innere Ordnung und Sicherheit Afghanistans nach 2014 wieder zusammenbrechen könne. Diese Sorge der Menschen sei sprunghaft gestiegen. In diesem Zusammenhang sei es auch interessant festzustellen, dass die Bevölkerung im Norden eine „Afghanisierung der Sicherheit“ fordere – was der oben genannten Bewertung widerspreche. Positiv sei, dass es inzwischen auch viele Entwicklungsprojekte auf den Dörfern gebe. Das trage dazu bei, dass dort die Löhne steigen und sich die Lebensumstände verbessern – wenn auch nur in geringem Maße.

Nachhaltige Erfolge erforderlich

Martin Axmann, der für Afghanistan und Pakistan zuständige Projektleiter der Hans-Seidel-Stiftung, äußerte sich ähnlich skeptisch. Nach zehn Jahren des internationalen Militäreinsatzes gebe es zweifellos

Erfolge. „Aber diese Erfolge sind nicht nachhaltig.“ Bei jeder politischen Entscheidung stehe man vor dem Dilemma, dass sie nicht mit den Taliban, aber auch nicht gegen die Taliban umsetzbar sei. Dabei werde „Taliban“ gerne als Oberbegriff für alle verwendet, die gar kein Interesse an einem Ende des Konflikts hätten. Es gebe darüber hinaus aber auch Warlords und Drogenkartelle, die ebenfalls kein Interesse an einer Befriedung des Landes hätten.

Deutsche Hilfe im Norden Afghanistans.



Zehn Jahre Bundeswehr am Hindukusch – Eine vorläufige Bilanz

>>> Ernst-Reinhard Beck

Deutschlands Engagement in Afghanistan ist in der öffentlichen Wahrnehmung maßgeblich geprägt vom Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch. In den letzten zehn Jahren haben sich die Soldaten der Bundeswehr für die Sicherheit und den Wiederaufbau des Landes, aber auch für die humanitäre Hilfe eingesetzt. Afghanistan war und ist eines der ärmsten Länder der Welt, fast ohne Industrie, mit hoher Arbeitslosigkeit, maroder Infrastruktur und mangelhaftem Bildungssystem.

Unter der Regierung der radikal-islamistischen Taliban von 1996 bis 2001 entwickelte sich Afghanistan zu einem Ausbildungszentrum für den internationalen Terrorismus. Die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington D.C. wurden von afghanischem Boden aus von Attentätern geplant, die vom Taliban-Regime gefördert wurden. Die Anschläge haben sich tief in das Gedächtnis der internationalen Staatengemeinschaft eingebrannt. Der als Reaktion darauf folgende militärische Einsatz der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan führte dazu, dass die Kräfte der „Nord-Allianz“ das Taliban-Regime in Kabul in erstaunlich kurzer Zeit stürzen konnten. Den 32 Millionen Afghanen stand eine entscheidende politische Wende bevor.

Unterstützung für Wiederaufbau und Sicherheit

Am 20. Dezember 2001 erteilten die Vereinten Nationen das Mandat für die ISAF-Mission (International Security Assistance Force). Das Ziel der ISAF war von Anfang an die Unterstützung Afghanistans beim Wiederaufbau der Staatsorgane und bei der Wiederherstellung der allgemeinen Sicherheit. Die Schaffung eines sicheren Umfeldes war auch Grundlage dafür, dass Hilfsorganisationen aus aller Welt in Afghanistan ihre Arbeit aufnehmen konnten.

Auf der Grundlage des am 22. Dezember 2001 vom Deutschen Bundestag erteilten Mandats für die Beteiligung am ISAF-Einsatz begann die Bundeswehr umgehend mit den Vorbereitungen. Schon am 2. Januar 2002 trafen



Ernst-Reinhard Beck
Verteidigungspolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

erste Kräfte in Kabul ein und beteiligten sich bereits ab Mitte des Monats an ersten Patrouillenfahrten in der Hauptstadt. Plötzlich und nahezu „aus dem Stand heraus“ waren Soldaten, die für die Landesverteidigung ausgebildet und ausgerüstet waren, fernab ihrer Heimat im Einsatz. Sie verteidigten deutsche Sicherheitsinteressen nicht mehr in Europa, sondern am Hindukusch – eine Herkules-Aufgabe, wie sich inzwischen herausgestellt hat.

Für die Soldaten war der Einsatz eine kaum vorstellbare Herausforderung. Ungewohnte Hitze und Staub im Sommer, bittere Kälte im Winter waren nur die geringsten Belastungen, die ihnen zu schaffen machten. Auf schlechten Straßen und unter gefährlichen Bedingungen erfüllten sie unter Einsatz ihres Lebens ihren Auftrag. Wie gefährlich der Einsatz war, zeigte sich schon am 6. März 2002, als die Bundeswehr die ersten beiden Gefallenen zu beklagen hatte. Sie starben zusammen mit drei dänischen Soldaten beim Versuch, eine Flugabwehrrakete sowjetischer Bauart zu entschärfen.

Deutschland als Führungsnation

Anfangs konzentrierte sich die ISAF und mit ihr die Bundeswehr auf die Region um Kabul und sicherte damit nur wenige Provinzen. Am 19. März 2002 übernahm Deutschland die Führung der multinationalen Brigade in Kabul und wurde am 10. Februar 2003 zusammen mit den Niederlanden Lead-Nation, übernahm also die Führungsrolle. Erstmals wurde ein deutscher Generalleutnant zum Kommandeur der ISAF-Truppen ernannt.

Mit der Ausweitung des Mandats am 24. Oktober 2003 schuf der Deutsche Bundestag die Voraussetzungen für Einsätze auch außerhalb der Region um Kabul. Die Bundeswehr engagiert sich seitdem im „Provincial Reconstruction Team“ (PRT) in Kundus. In enger Zusammenarbeit mit zivilen Organisationen unterstützt sie dort den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufbau im Norden des Landes. Zusammen mit einer Außenstelle in Talokan und dem PRT in Feisabad übernahm die Bundeswehr das Kommando über zwei PRT im Norden. Im November 2005 fand die symbolische Schlüsselübergabe für das neue Feldlager an das deutsche Einsatzkontingent in Masar-i-Scharif statt. Erst im Mai 2006 jedoch begann die Verlegung des deutschen Kontingents aus Camp Warehouse in Kabul nach Masar-i-Scharif, wo Brigadegeneral Markus Kneip am 1. Juni 2006 erster Kommandeur des Regional Command North (RC North) wurde und insgesamt sechs PRT führte.

Echte Fortschritte für die Sicherheit

Die Sicherheitslage im Norden Afghanistans verschlechterte sich 2008, so dass sich der Einsatz für den Wiederaufbau bis auf weiteres immer mehr in einen Kampfeinsatz verwandelte. Von Juli 2008 bis November 2010 stellte die Bundeswehr die schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force/QRF). Die Soldaten in den PRTs mussten mehr Präsenz außerhalb der Lager zeigen und dabei offensiver auftreten. Im Rahmen eines neuen „Partnering-Konzeptes“ patrouillierten sie gemeinsam mit afghanischen Sicherheitskräften. Die verschärfte Sicherheitslage führte im Mai 2010 auch dazu, dass Panzerhaubitzen und zusätzliche Schützenpanzer „Marder“ nach Afghanistan verlegt wurden, damit sich die Soldaten bei den zunehmenden Gefechten mit den Taliban besser schützen können. Die offensivere Taktik zeigte Erfolge: Die Soldaten eroberten besetzte Gebiete zurück und hielten sie frei von Aufständischen.

Gemeinsam für Stabilität und Sicherheit in Afghanistan.



Obwohl die militärische Lage im Norden von Anfang an schwierig war, hat die Bundeswehr im Lauf ihres Einsatzes viel erreicht. Für ihren Auftrag, den Wiederaufbau zu unterstützen und Sicherheit zu gewährleisten, nehmen die Soldaten täglich viele Risiken in Kauf. Insbesondere der Schutz der Zivilbevölkerung und der Kampf gegen die Aufständischen zeigen inzwischen Erfolge.

Schrittweise zur eigenen Sicherheitsverantwortung

Als Erfolg des Einsatzes kann die Ankündigung von Präsident Hamid Karsai gewertet werden, die Sicherheitsverantwortung für insgesamt sieben Provinzen und Städte von der ISAF zu übernehmen. Die Stadt Masar-i-Scharif im deutschen Verantwortungsbereich wurde bereits im Juli 2011 in die Obhut afghanischer Sicherheitskräfte übergeben. Möglich wurde die „Übergabe in Verantwortung“ erst durch die Verbesserung der Sicherheitslage, die wiederum mit den Erfolgen bei der Ausbildung einheimischer Sicherheits- und auch Polizeikräfte zusammenhängt.

Bislang hat sich der Einsatz für die westliche Staatengemeinschaft gelohnt. Es ist unbestritten, dass bei Anschlagversuchen in Europa, unter anderem in Deutschland, die beteiligten Terroristen entweder selbst Ausbildungslager am Hindukusch besucht hatten oder Kontakte in die Region besaßen.

Für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr war und ist der Preis hoch. Nicht vergessen werden dürfen wir die 52 deutschen Soldaten, die den Einsatz mit ihrem Leben bezahlt haben. Viele Soldaten wurden darüber hinaus körperlich und seelisch verwundet. Die Bundeswehr musste mitunter auf bittere Weise lernen, was es heißt, eine „Armee im Einsatz“ zu sein.

Ohne den militärischen Schutz von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft wären die Erfolge bei der Wiederaufbauarbeit aber nicht erreicht worden. Der Einsatz der ISAF und damit auch der Bundeswehr ist das Fundament für eine verbesserte Sicherheitslage und den Wiederaufbau des Landes – nach mehr als 30 Jahren Besatzung und Bürgerkrieg. Die Folgen dieser Zeit sind bis heute sichtbar. Doch allmählich schöpfen die Menschen wieder Hoffnung.

>>> CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Herausgeber: Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt: Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1, D-11011 Berlin
Telefon 0 30/2 27-5 53 74
Telefax 0 30/2 27-5 01 46
pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de

Gestaltung: www.heimrich-hannot.de
Januar 2012

Fotos: S. 1, 8, 12, 30, 33 Bundeswehr
S. 5 Martin Lengemann
S. 7 Bundesverteidigungsministerium
S. 15 CDU/CSU, Laurence Chaperon
S. 16 istockphoto, KeithBinns
S. 21, 23, 28, 31 CDU/CSU

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

„Bundestagsdrucksache 17/8166, Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt 2011 (2011) vom 12. Oktober 2011 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen“



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: **Namensnennung:** Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: Autor, Funktion, Beitragstitel, aus: CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Afghanistan: Internationaler Einsatz im Wandel. Gemeinsam für eine sichere Zukunft. **Keine kommerzielle Nutzung:** Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. **Keine Bearbeitung:** Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



>>> CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

**Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Telefon: 0 30/2 27-5 53 74
Telefax: 0 30/2 27-5 01 46
E-Mail: fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de**